

Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn

Bestand B2

291



Kreisarchiv Stormarn B2

An die
Landesversicherungsanstalt
Schleswig Holstein

des Kreises Stormarn
15. EB. 1933
11. 11. 33

Libeck

Schwanen Landstraße 1.

In der Anlage überreiche ich zwei Anträge auf Er-
haltung meiner Angestelltenrente. Mein Erwidern im Zusammenhang
einer Hypothek von 4000,- zur Erhaltung meines Grundbesitzes
und Erbschaftung von 4000,- wurde abgelehnt.

Wie aus beigefügtem Fragebogen hervorgeht war ich von
1925 bis 1933 als Aktivist bei dem obigen Arbeiter fest organisiert.
Durch eine abfällige und hinterbrachte abfällige Einflüsterung über
meine Schwelgerei wurde ich fristlos entlassen, bekam mein Gehalt
bis zum 31. 11. 33. Bis zum Ausbruch des Krieges war ich ar-
beitslos und dann als Arbeiter bei der Firma und Heeresverwaltung
tätig. Nach dem Zusammenbruch war ich vorübergehend bei der
Post und dem Amtsgewerbe beschäftigt.

In meinem Beruf konnte ich nicht wieder unterkommen,
dadurch gingen mir diese ganzen Jahre verloren.

Ich betrachte mich am den angeführten Gründen als
ein Opfer des Sturms und bitte meiner Antrag stat-
geben.

Achtungsvoll

Friedrich Grybe

Libeck, Schwanen Landstraße 1

Diese Erklärung ist zur Verwendung gegenüber den Wiedergutmachungsorganen bestimmt. Die Strafbestimmungen des § 11 des Wiedergutmachungs-
gesetzes vom 4. Juli 1949 und der §§ 156, 163 des Strafgesetzbuches sind mir vor Abgabe der Erklärung wörtlich bekanntgegeben worden.

Friedrich Grybe
(Vor- und Zuname)

2

6. März 1951

- Sonderhilfsausschuss -
4-1/9 - Grube - D./Re.

Herrn
Friedrich Grube
in R e i n b e k

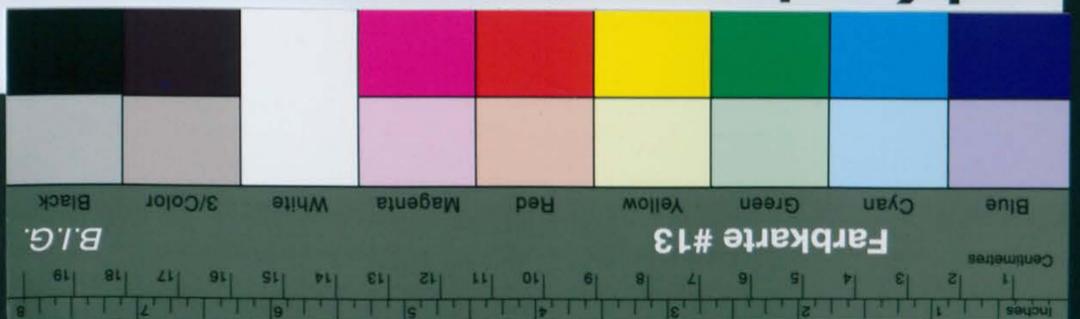
Schatzkammer 1

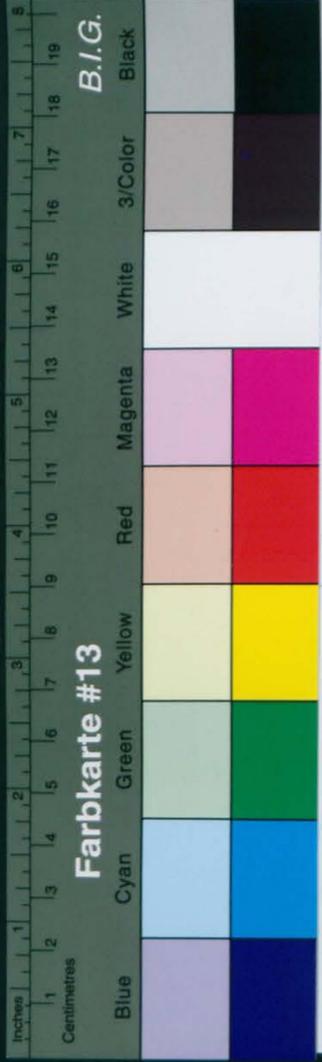
f. 8/3. 44

In Ihrer Rentenangelegenheit nehme ich Bezug auf Ihr Schreiben vom Februar und teile Ihnen mit, dass ich noch nicht in der Lage bin, die Richtigkeit Ihrer Angaben zu bestätigen. Ich konnte feststellen, dass Sie bei der hiesigen Hauptverwaltung einen Antrag auf Anerkennung als politisch Verfolgter gestellt haben. Über diesen Antrag konnte ebenfalls noch nicht entschieden werden, weil Ihrerseits der Nachweis Ihrer Entlassung aus polit. Gründen nicht erbracht ist. Dieser Nachweis muss unbedingt erbracht werden, bevor ich zu Ihrem Antrag Stellung nehmen kann. Sie berufen sich auf ein Schreiben des NWDR., das Ihrem Schreiben nicht beilag. Ich bitte Sie, mir zunächst dieses Schreiben zur Einsichtnahme zuzusenden.

Im Auftrage:

Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

Im Anhang:
 Schatzkammer I
 in R e i n p e k
 K l i e d e r t u m G r o p e
 H e r i n

1201 aräm . 2

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

an den Sonderhilfeausschuß
 des Kreises Stormarn
 Bad Oldesloe.
 J. Z. 4-1/9 - Gympé - A./Re.

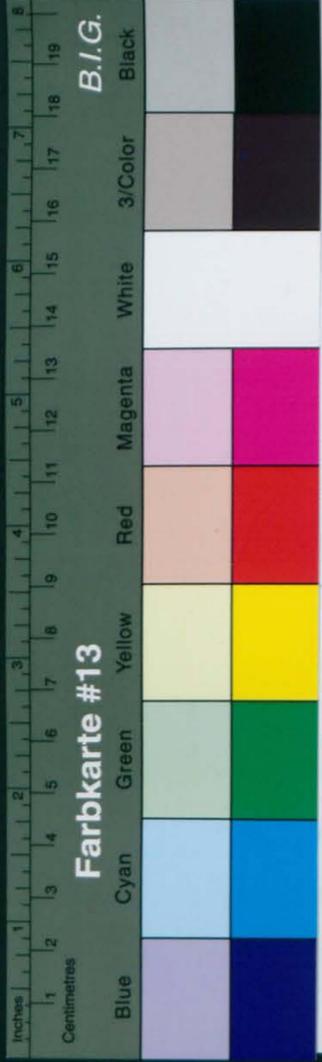
13
 1/4. 11

Reimbek, d. 11. 3. 51

Auf Ihr Schreiben vom 6. 3. 51 übersende ich Ihnen
 die Abschrift des Schreibens vom A. W. D. R., das Original kann
 jederzeit eingesehen werden, möchte es aber nicht gern aus
 der Hand geben, da es die einzige, für mich wichtige Unter-
 lage ist. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß es Ihnen
 genügen wird.

Hochachtungsvoll
 Friedrich Gympé, Schatzkammer 1

Anlage: Brief des A. W. D. R. Abschrift.



Kreisarchiv Stormarn B2

[Faint, mostly illegible handwritten text on the left page of the document.]

Grubföhrer-Gruben:
4 - 1/9 Grube - D./-

das Amtliche
30. APRIL 1932
12.4.32

Reinbek, d. 28. März 515

Reinbek, d. 28. März 515

4

Soldatentatbestand
4-1/9 Grube-D./-
Herrn
Friedrich Grube,
Reinbek,
Schatzkammer 1.
In Ihrer Heftenzettel bestätige ich den Empfang Ihres Schreibe vom 10. ds. Mts. und bitte Sie, mir noch durch Unterlegen Nachweise, dass die von 1. Dezember 1932 bis 1939 aus politischen Gründen ohne Beschäftigung waren. Diese Beschäftigung ist möglichst von Ihrem demals zuständigen Arbeitseamt auszustellen.
Ohne diese Unterlage bin ich nicht in der Lage, Ihre Angaben zu bestätigen.

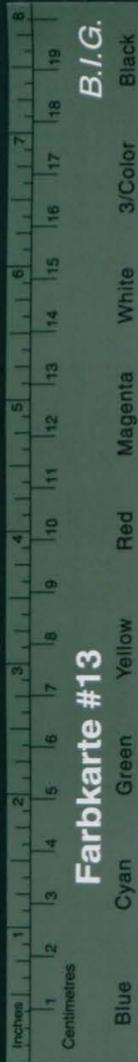
In Auftrage:
[Signature]

[Handwritten signature]

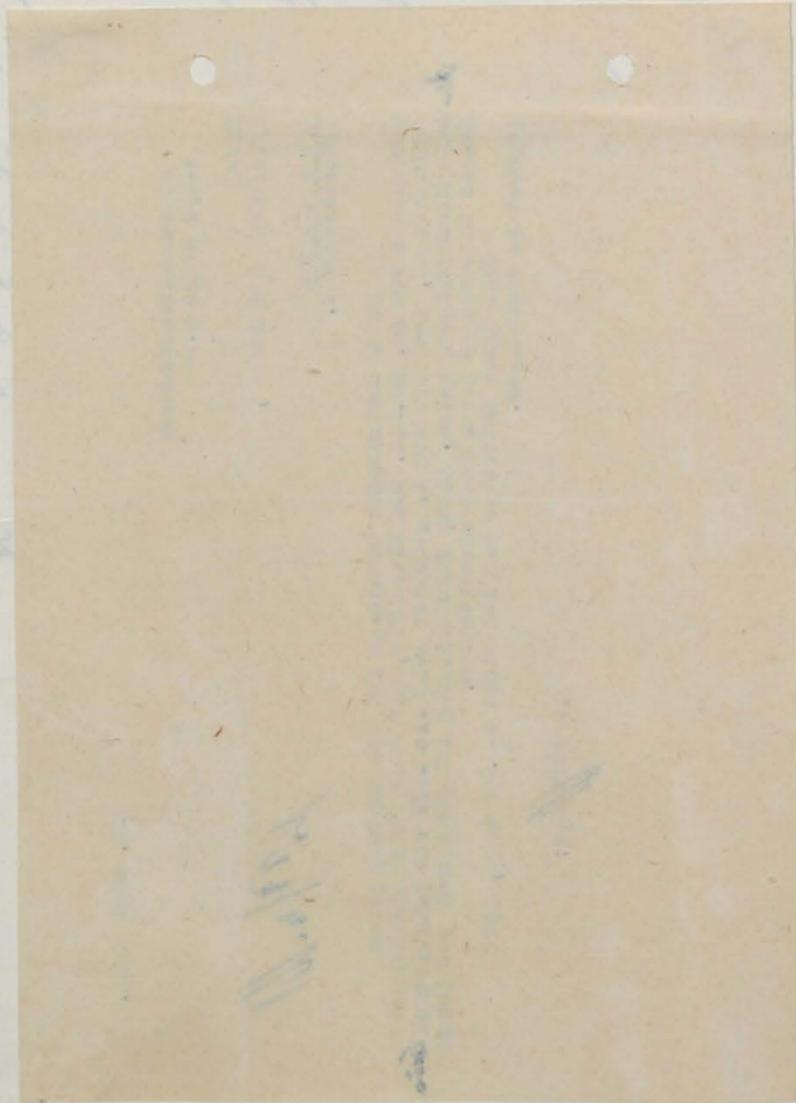
10. APRIL 1932.

[Faint handwritten text on the right page, partially obscured by the typed note.]

Zusicherungsvoll!
Jelly Fleiniche
Reinbek, Schatzkammer 1.

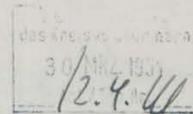


Kreisarchiv Stormarn B2



Reinbek, d. 28. März 51

Grubstift-Zinsen:
4 - 1/9 Grube - D./-



An den Bundesfilialrentpfleger in Bad Oldesloe.

Der mein Onkel, Herr Dr. Grube, in letzter Zeit sehr unter Gedächtnislosigkeit
leidet und ich, mit Willenshaft von ihm, seine Verhältnisse nachzusehen muß, möchte
ich Ihnen in diesem Ansuchen schreiben.

Mein Mann hat sich beim jetzigen Arbeitsamt bemüht, eine Befreiung
von dem Steuerzuschlag zu bekommen. Es würde ihm aber nicht, daß das
Arbeitsamt an Privatpersonen keine Rückkäufe oder Befreiungen abgibt. Es
würde mir sehr lieb sein, daß Herr Grube bis 1936 als freigeschaffener
würde, auch hierbei besteht noch seit 1935. Einem Bundesrat würde er durch
Kontingenz. Bundesprüfung bezogen zu sein nicht.

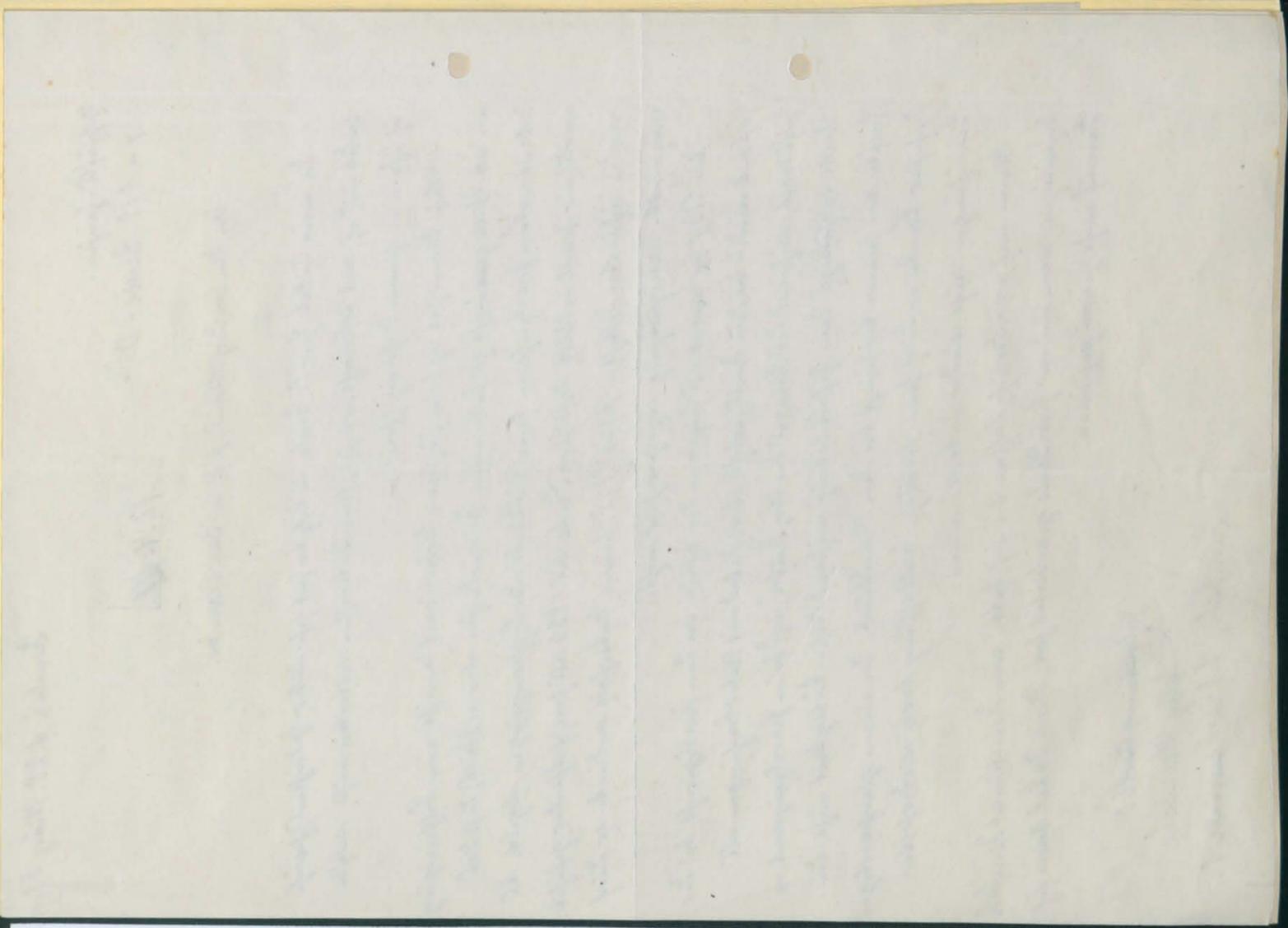
Vom 1936 an war er als Leiter in der Schule, bei dem Amtshaus, bei dem
Kopf und wieder bei dem Amtshaus abwechselnd mit Bundesprüfungen als
Hilfslehrer, während der Kriegzeit bei der "Kraft" und beim Gewerkschaftsamt in
Gleiche befähigt. Sein Gehalt betrug während dieser Zeit nicht die
Hälfte von seinem Verdienst bei dem Amtshaus. In einem gleichzeitigen
Anspruch wurde er durch seine schlechte Entlohnung trotz wiederholter
Bemühungen nicht wieder unterkommen.

Daher noch sehr bedauernd, lassen Sie sich bitte vom Arbeitsamt Reinbek
berücksichtigen, wenn und wo Herr Grube gearbeitet hat. Mein Onkel kann sich
daran nicht genau befinden.

Gefäßungswill.

Elly Fleiniche

Reinbek, Schatzkammer 1.



6

7

Holstein

ng auf
en des
, 1949.
endes, durchstreichen

(name) *Huckenburg*
nummer 1

gskarte Nr. *1*
lzeiten nach dem Gesetz
rlagen, die die Richtigkeit

ort *Holt* in

9. April 1951

- Sonderhilfsausschuss -
Grube - D./Re.

An
das Arbeitsamt
in Bad Oldesloe

Der zu Reinbek, Schatzkammer 1, wohnhafte Friedrich Grube,
geb. 12.1.1883 in Bützow, hat den Antrag auf Anrechnung von Er-
satzzeiten in der Rentenversicherung auf Grund des Gesetzes vom
22.8.1949 gestellt und angegeben, am 1.12.1933 aus politischen
Gründen beim Rundfunk entlassen worden zu sein. Seit dieser Zeit
will er ohne Beschäftigung gewesen sein oder nur eine Beschäf-
tigung gehabt haben, die es ihm nicht gestattete, das Einkommen
wie beim Rundfunk zu erhalten.
Ich bitte um Mitteilung, ob die Angaben den Tatsachen entsprechen
und ggf. wo und seit wann Grube nach seiner Entlassung am 1.12.1933
beschäftigt worden ist.

Im Auftrage: *[Signature]*

vom bis
vom bis *entfällt*
vom bis
vom bis
vom bis
vom bis
vom bis
vom bis

1.12.33

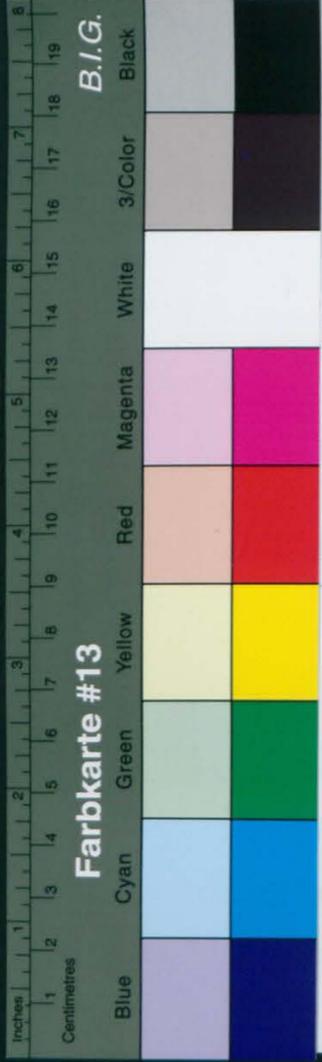
b) In welchen Zeiten hielt sich der Versicherte
aus einem unter Ziff. 1a) angegebenen Grunde
im Ausland auf?
(Anlage Nr. bis Nr.)

c) In welchen Zeiten war der Versicherte nach-
weilich aus einem unter Ziff. 1a) angegebenen
Grunde arbeitslos (als Beginn der Arbeits-
losigkeit ist bei Versicherungspflichtigen, jetzt
Selbständigen der Zeitpunkt der Aufgabe der
Tätigkeit aus den unter Ziff. 1a) angegebenen
Gründen einzutragen und besonders kenntlich
zu machen)?
(Anlage Nr. bis Nr.)

Bitte wenden!

L. Heise, Lübeck, 6000 4. 50

VN 1



Kreisarchiv Stormarn B2

Landesversicherungsanstalt Schleswig-Holstein

Antrag

auf Anrechnung von Ersatzzeiten in der Rentenversicherung auf Grund des Gesetzes über die Behandlung der Verfolgten des Nationalsozialismus in der Sozialversicherung vom 22. 8. 1949.

Beantragt wird a) Ausstellung eines Ersatzzeitscheines } nicht Zutreffendes durchstreichen
b) Erhöhung der laufenden Rente }
(gilt nicht als Antrag auf Bewilligung einer Rente)

Der - Die Friedrich Sprinck (Vorname) (Zuname, bei Frauen auch Geburtsname)

geb. am 12. 1. 83 in Britzow Kreis: Mückelnburg

Wohnort: Reinbek Straße: Schatzkammer 1

beantragt unter Vorlage der Quittungskarte Nr. / - der Versicherungskarte Nr. / - des Rentenbescheides - des Verfolgtenausweises - die Anrechnung von Ersatzzeiten nach dem Gesetz vom 22. 8. 1949 unter Beifügung von beglaubigten Abschriften über alle Unterlagen, die die Richtigkeit seiner/ihrer Angaben nachweisen.

(Anlagen Nr. bis Nr.)

Frage	Antwort
1. a) In welchen Zeiten war der Versicherte nachweislich wegen seiner politischen Haltung, seines Glaubens, seiner Weltanschauung oder seiner Rasse in Haft (als Haft gilt polizeiliche Inhaftnahme, Untersuchungshaft, Strafhaft, Konzentrationslagerhaft, Ghettohaft, Einweisung in Zwangsarbeitslager oder -gruppen, Zuweisung zu einer Wehrmachtsstrafeinheit)? (Anlage Nr. bis Nr.)	vom bis vom bis <i>entfällt</i> vom bis in
b) In welchen Zeiten hielt sich der Versicherte aus einem unter Ziff. 1a) angegebenen Grunde im Ausland auf? (Anlage Nr. bis Nr.)	vom bis vom bis <i>entfällt</i> vom bis in
c) In welchen Zeiten war der Versicherte nachweislich aus einem unter Ziff. 1a) angegebenen Grunde arbeitslos (als Beginn der Arbeitslosigkeit ist bei Versicherungspflichtigen, jetzt Selbständigen der Zeitpunkt der Aufgabe der Tätigkeit aus den unter Ziff. 1a) angegebenen Gründen einzutragen und besonders kenntlich zu machen)? (Anlage Nr. bis Nr.)	vom <i>1. 12. 33</i> bis vom bis vom bis

Bitte wenden!



Kreisarchiv Stormarn B2

Frage	Antwort
d) In welchen Zeiten war der Versicherte nachweislich aus einem unter Ziff. 1a) angegebenen Grund erwerbsunfähig? (Anlage Nr. _____ bis Nr. _____)	vom <u>entfällt</u> bis _____ vom _____ bis _____ vom _____ bis _____
2. Stand der Versicherte vorher in einem Beschäftigungsverhältnis oder war er als Selbstständiger tätig? (ggf. sind Beruf, Arbeitgeber und Einkommen anzugeben.) (Anlage Nr. _____ bis Nr. _____)	Ja/Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja Tätigkeit bis zum <u>30.11.33</u> Beruf: <u>Physiker</u> Arbeitgeber: <u>Horag - (Pfundbrück)</u> Einkommen: DM <u>ca. 600,-</u> wöchentl./mtl./jährl. (Wochen-, Monatsentgelt, Jahreseinkommen) Tätigkeit bis zum _____ Beruf: _____ Arbeitgeber: _____ Einkommen: DM _____ wöchentl./mtl./jährl. (Wochen-, Monatsentgelt, Jahreseinkommen)
3. Wurden vorher Beiträge zur reichsgesetzlichen Rentenversicherung entrichtet? (ggf. sind der Versicherungszeit, die Art und die Klasse des letzten Beitrages — bei nicht nach Klassen entrichteten Beiträgen der letzte vorher bescheinigte Arbeitsverdienst — anzugeben. Falls der Durchschnittsbeitrag der letzten 3 Monate höher ist als der letzte Beitrag, sind die letzten 3 Beiträge anzugeben.) (Anlage Nr. _____ bis Nr. _____)	Ja/Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja für die Tätigkeit bis zum _____ Versicherungszeit: _____ (JV., AV., knappsch. Rentenvers.) Art: _____ (Pflichtbeitrag/freiwilliger Beitrag) Beitragshöhe: _____ letzter Beitrag: _____ Klasse: _____ (wöchentl./monatl.) letzter Arbeitsverdienst: _____ (wöchentl./monatl.) für die Tätigkeit bis zum _____ Versicherungszeit: _____ (JV., AV., knappsch. Rentenvers.) Art: _____ (Pflichtbeitrag/freiwilliger Beitrag) Beitragshöhe: _____ letzter Beitrag: _____ Klasse: _____ (wöchentl./monatl.) letzter Arbeitsverdienst: _____ (wöchentl./monatl.)
4. a) In welchen Zeiten war der Versicherte aus den unter Ziff. 1a) genannten Gründen gezwungen, eine Beschäftigung auszuüben, die geringer entlohnt wurde als seine bisher übliche Tätigkeit (ggf. sind der Beruf sowie das Entgelt vor und nach dem Wechsel des Beschäftigungsverhältnisses anzugeben.)? (Anlage Nr. _____ bis Nr. _____)	vom <u>1939</u> bis <u>1945</u> frühere Tätigkeit: <u>Chemiker, dann arbeitslos</u> Tätigkeit nach dem Wechsel: <u>Arbeiter</u> früheres Entgelt: <u>600,- Rd. mtl.</u> Entgelt nach dem Wechsel: <u>120,- Rd. mtl.</u> vom _____ bis _____ frühere Tätigkeit: _____ Tätigkeit nach dem Wechsel: _____ früheres Entgelt: _____ Entgelt nach dem Wechsel: _____

Vordruck 3

8

Nachstehende Strafbestimmungen habe ich zur Kenntnis genommen:

§ 11 des Wiedergutmachungsgesetzes vom 4. Juli 1949
(GVOBl. Schl.-H., S. 162)

Wer als Antragsteller oder zugunsten oder zuungunsten des Antragstellers gegenüber den Wiedergutmachungsorganen wissentlich oder grobfahrlässig falsche oder irreführende Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und Geldstrafe bis zu zehntausend Deutsche Mark oder mit einer der beiden Strafen bestraft.

§§ 156 und 163 des Strafgesetzbuches

§ 156 (1) Wer vor einer zur Abnahme einer Versicherung an Eides Statt zuständigen Behörde eine solche Versicherung wissentlich falsch abgibt oder unter Berufung auf eine solche Versicherung wissentlich falsch aussagt, wird mit Gefängnis von einem Monat bis zu drei Jahren bestraft.

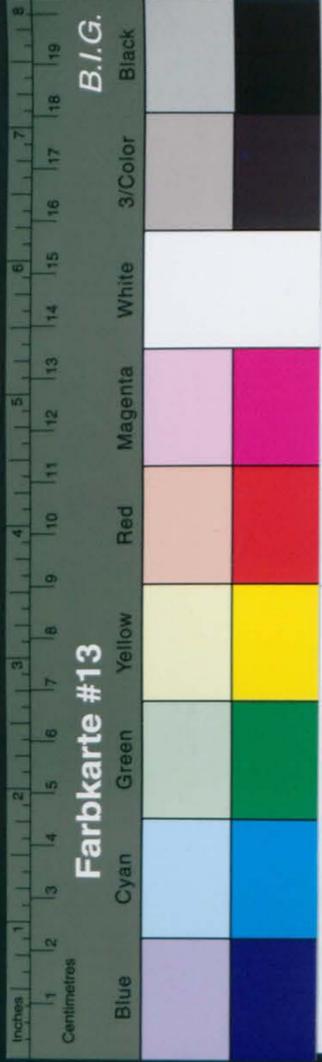
(2) Der Versuch ist strafbar.

§ 163 (1) Wenn eine der in den §§ 154 bis 156 bezeichneten Handlungen aus Fahrlässigkeit begangen worden ist, tritt Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre ein.

(2) Strafflosigkeit tritt ein, wenn der Täter, bevor eine Anzeige gegen ihn erfolgt oder eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet und bevor ein Rechtsnachteil für einen anderen aus der falschen Aussage entstanden ist, diese bei derjenigen Behörde, bei welcher er sie abgegeben hat, widerruft.

Reinbek am 13.2.51
(Ort)

Friedrich Jörbe
(Unterschrift)



Kreisarchiv Stormarn B2

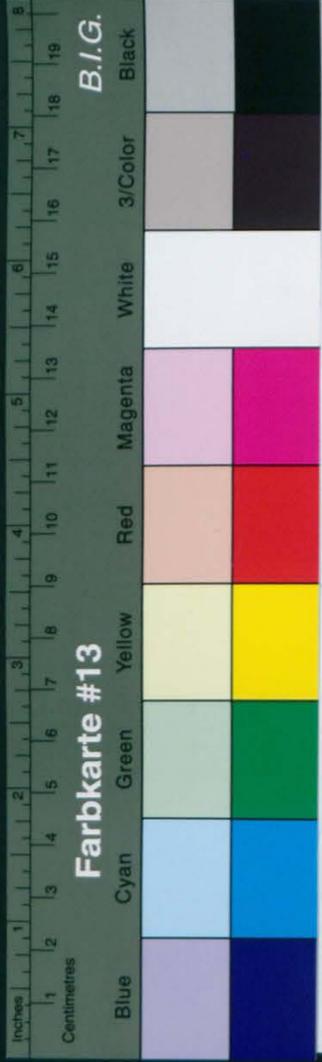
Frage	Antwort
b) Hat der Wechsel der Beschäftigung gleichzeitig einen Wechsel des zuständigen Rentenversicherungszweiges verursacht (ggf. ist der Rentenversicherungszweig vor und nach dem Arbeitsplatzwechsel anzugeben)? (Anlage Nr. bis Nr.)	Ja/Nein bisheriger Versicherungszweig: _____ neuer Versicherungszweig: _____
c) Lag eine unter Ziff. 4a) genannte Zeit unmittelbar vor einer Inhaftierung, einer erzwungenen Arbeitslosigkeit oder einem Auslandsaufenthalt (ggf. sind die der Ziff. 3 entsprechenden Angaben zu wiederholen, jedoch unter Berücksichtigung des Arbeitsverdienstes, der sich bei normaler Weiterentwicklung des Beschäftigungsverhältnisses ergeben hätte)? (Anlage Nr. bis Nr.)	Ja/Nein für die Tätigkeit bis zum: _____ üblicher Versicherungszweig: _____ normale Beitragshöhe: _____ letzter Beitrag: _____ Klasse: _____ letzter Arbeitsverdienst: _____
5. Bezieht der Antragsteller bereits eine Rente aus der Angestelltenversicherung, Invalidenversicherung oder Knappschaft? Wer hat sie festgesetzt? Unter welchem Renten- oder Aktenzeichen? (Anlage Nr. bis Nr.)	Ja/Nein <i>Angestelltenversicherung</i> Aktz. _____ Rtz. <i>909/808</i> <i>3. 1883</i>
6. Welche zwei Zeugen können die Richtigkeit der unter Ziff. 1b), c), d) 2, 3 und 4 gemachten Angaben bestätigen?	<i>Schreiben des VDR.</i> <i>nur Hilj. Mündel/Justiz als Zeuge</i>

Ich versichere, daß ich die vorstehenden Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe. Es ist mir bekannt, daß unwahre Angaben strafrechtlich verfolgt werden. Ich bin damit einverstanden, daß die angegebenen Zeugen Auskunft geben.

Reinbek, d. 13.1.51
(Ort und Datum)

Friedrich Sprübe
(Antragsteller)

(Schriftführer)
(Versicherungsamt)



Kreisarchiv Stormarn B2

Versicherungsamt _____, den _____

An _____
den Kreissonderhilfsausschuß _____
in _____

Vorstehende Angaben zu den Ziffern 1a-d und 4a bitten wir auf ihre Richtigkeit hin zu überprüfen.

(Siegel) _____

Kreissonderhilfsausschuß _____
G.Z. Grube _____ Bad Oldesloe, den 26. April 1951.

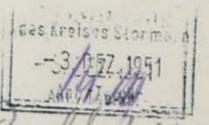
An _____
die Landesversicherungsanstalt Schleswig-Holstein - Hauptverwaltung
in Lübeck
Kronsforder Allee 2-4

Vorstehende Angaben zu 1a-d und 4a sind auf ihre Richtigkeit hin überprüft. Sie treffen zu für Ziffer _____

Zu den Angaben ist zu bemerken: Der Antragsteller hat durch Unterlagen, die beigelegt werden, nachgewiesen, dass er am 1.12.1933 aus politischen Gründen entlassen worden ist. Nicht nachgewiesen ist die Beschäftigung ab 1.11.1933 bis 29.3.1936. Ab 1936 hat Grube andere geringer bezahlte Beschäftigungen gehabt. Auf die beigelegte Auskunft des Arbeitsamts Nebenstelle Reinbek nehme ich Bezug. Die Voraussetzungen für eine Rentenerhöhung dürften daher gegeben sein.

(Siegel) _____ I.A. _____
(Unterschrift)

An der Sonderhilfsausschuß o.d.N.
Bad Oldesloe-Kreisverwaltung.



10

Reinbek d. 30. 11. 51

Zur Durchführung eines Antrages auf Rentenerhöhung meines Onkels, Musiker Friedrich Grube, geb. 12.1.83 in Büttow, Mecklbg., der am 1.11.33 wegen einer abfälligen Äußerung über Josef Schibbe, vom Rundfunkorchester (Vraag) fristlos entlassen wurde, verlangt die L.V.et. eine Bescheinigung vom Herrn, daß er von dort keine Unterstützung erhält.

Das Gymnasialstück meines Onkels steht am 14.12.51 zur Zwangsversteigerung, da er trotz aller Bemühungen nicht in der Lage war, die Ansprüche seiner Söhne auf das mütterliche Erbschaft zu befriedigen.

Um zu versuchen, diese Versteigerung zu verhindern, bitte ich Sie die geforderte Bescheinigung umgehend an die L.V.et. zu senden.

Anlage: 1 Freimmschlag an die L.V.et.

Mit vorzüglicher Hochachtung
i. et. H. Heinicke

Reinbek, Schatzkammer 1

6. Dezember 1951

- Grube -

D./K.

An die
Landesversicherungsanstalt
in Lübeck

7/12. 44

In der Rentenangelegenheit Friedrich Grube in Reinbek

Artz.: 909/808/J. 1883

hat mir E. Heinicke in Reinbek mitgeteilt, dass dortseits eine Anfrage bezüglich eines Erstattungsanspruchs bei mir gehalten werden soll. Ich teile mit, dass seitens des Kreissonderhilfesausschusses Stormarn Zahlungen nicht geleistet wurden. Ob der Antragsteller Grube durch die Gemeindeverwaltung Reinbek aus öffentlichen Mitteln unterstützt wurde, entzieht sich meiner Kenntnis.

Im Auftrage des Landrates:

Kreisarchiv Stormarn B2



13

12

Landesversicherungsanstalt
Schleswig - Holstein
Abt. IV FV - 909/808/J/1883

Lübeck, den 12. Dezember 1951
Kronsfordter-Allee 2-6

Grube

An die
Generel

Rei

Lübeck
hafte
zeit
lung
Antra
monat

1.2.1
beträ

An die
Landesregierung Schleswig-Holstein
- Der Landesminister des Innern -
Ref. I/14 Pol.Wi.Gu.
K i e l
Landeshaus

1216
Eing. 1. DEZ 1951
Anlagen

Betr.: Friedrich G r u b e, geb. 12.1.1883 wohnhaft in Reinbek,
Schatzkammer 1 Krs. Stormarn

Der o.G. hat hier am 13.2.51 einen Antrag auf Anrechnung von Ersatzzeiten in der Rentenversicherung auf Grund des Gesetzes über die Behandlung der Verfolgten des Nationalsozialismus in der Sozialversicherung vom 22.8.1949 gestellt.

Auf Grund dieses Gesetzes ist die laufende Rente durch die Anrechnung von Ersatzzeiten um 10,80 DM auf monatlich 139,30 DM erhöht worden.

Die laufende Zahlung der erhöhten Rente beginnt am 1.2.1952 Die Nachzahlung für die Zeit vom 1.9.1949 bis 31.1.1952 beträgt 333,20 DM.

Diese Mitteilung ergeht nachrichtlich.

Kon. Vorgeh.
12.12.51
IV N.V. 6 (Mittl. an Ids.Reg.)
Kon. Vorgeh. 12.12.51

Im Auftrage:

400.11.50

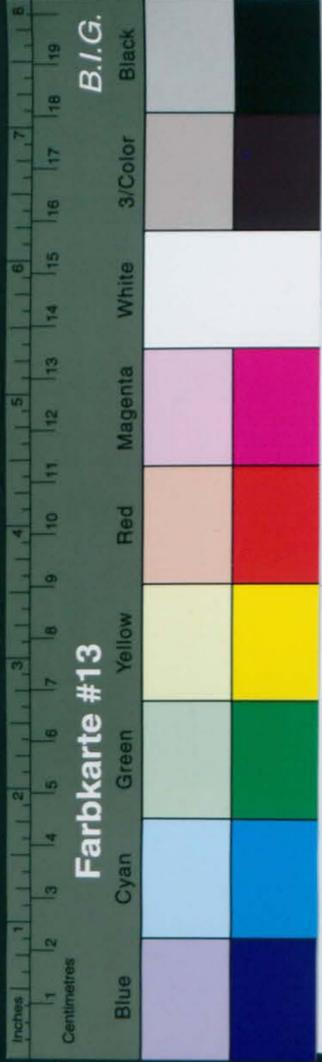
IM Auftrage des Landeshauptmanns:

In der Landesversicherungsanstalt Schleswig-Holstein
Lübeck

- drucke -
B*V*
e* Dezember 1951

Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2

Der Innenminister
des Landes Schleswig-Holstein
Ref. I 16 g

Urschriftlich:
dem
Herrn Landrat des Kreises Stormarn
- Kreissonderhilfsausschuss -
in Bad Oldesloe
=====

zuständigkeitshalber übersandt. Ein Antrag auf Beschädigten-
rente liegt hier nicht vor.

Im Auftrage: *Wolken*

Kiel, den 18. Dezember 1951
Wy/Schü

2. 10. 1951

13

Grübe-D./-
An die
Gemeindevverwaltung,
Reinbek.

Die Landesversicherungsanstalt Schleswig-Holstein in
Lübeck hat mir mitgeteilt, dass der in Reinbek, Schatzkammer 1 wohn-
hafte Friedrich G r u n d e der Antrag auf Anrechnung von Berufs-
zeiten in der Rentenversicherung auf Grund des Gesetzes über die Behand-
lung der Verletzten des Nationalsozialismus gestellt hat. Diesem
Antrage wurde entsprochen und die laufende Rente um 10.30 DM auf
monatlich 139.30 DM erhöht.

Die laufende Zahlung der erhöhten Rente beginnt am
1.2.1952. Die Nachzahlung für die Zeit vom 1.9.1949 bis 30.1.1951
beträgt 333.20 DM.

Im Auftrage des Landrates:
Ich bitte um Kenntnisnahme.

22.12. 11

22.12. 11

Bad Oldesloe, den 27. Dezember 1951.

Handwritten notes and stamps on the reverse side of the document, including a date stamp "18.12.51" and some illegible text.

